



NIEDERSCHRIFT

über die 17. Sitzung des Mobilitätsausschusses

der Stadt Landau in der Pfalz

am Mittwoch, 09.03.2022,

Rathaus, Marktstraße 50, Ratssaal

Beginn: 17:00

Ende: 18:47



Anwesenheitsliste

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Julius Baur bis 18:44 Uhr (TOP 7)

Felix Gerig

Dr. Lea Heidbreder bis 18:42 Uhr (TOP 7)

Kim Neumann Vertreterin für Ben Schwarz

CDU

Cyrus Bakhtari

Oliver Blanz

Dr. Andreas Hülsenbeck

SPD

Lisa Rocker bis 18:25 Uhr (TOP 5)

Dominic Scheid

Hans Peter Thiel Vertreter für Aydin Tas

FWG

Aniello Casella

FDP

Carsten Triebel

DIE LINKE

Tobias Schreiner Vertreter für Moritz Ranalder

Pfeffer und Salz

Marianne Brunner



beratende Mitglieder

Susanne Brunck

Dieter Wörle

Vorsitzender

Lukas Hartmann

Berichterstatter

Ralf Bernhard

Stefan Grewenig

Christoph Kamplade

Christopher Schmidt

Schriftführerin

Stefanie Dausch

Entschuldigt

SPD

Aydin Tas

vertreten von Hans Peter Thiel

DIE LINKE

Moritz Ranalder

vertreten von Tobias Schreiner

Unentschuldigt

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Ben Schwarz

vertreten von Kim Neumann



FWG

Hermann Eichhorn

beratendes Mitglied

Suhila Algmati



Zu dieser Sitzung war unter gleichzeitiger Bekanntgabe der Tagesordnung ordnungsgemäß eingeladen worden.

Damit bestand folgende Tagesordnung:

Tagesordnung

Öffentliche Sitzung

1. Einwohnerfragestunde
2. Einführung und Übernahme der Parkraumbewirtschaftung auf dem Universitätsparkplatz
Vorlage: 660/305/2022
3. Installation einer Lichtsignalanlage im Knotenpunkt Westring/Badstraße
Vorlage: 660/306/2022
4. Carsharing in Wohnquartieren
 - 4.1. Antrag der FDP-Stadtratsfraktion
Vorlage: 101/631/2021
 - 4.2. Stellungnahme der Verwaltung
Vorlage: 660/307/2022
5. Pendlerradrouten Landau - Bad Bergzabern und Landau - Pfalzkrankenhaus
Klingenmünster: Zwischenbericht zur Machbarkeitsstudie
Vorlage: 660/308/2022
6. Verknüpfung streckenbezogener Tempo-30-Anordnungen in der Godramsteiner Hauptstraße
Vorlage: 320/044/2022
7. Verschiedenes



Öffentliche Sitzung



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 1. (öffentlich)

Einwohnerfragestunde

Hierzu gab es keine Wortmeldungen.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 2. (öffentlich)

Einführung und Übernahme der Parkraumbewirtschaftung auf dem Universitätsparkplatz

Der Vorsitzende erläuterte, dass durch den Parksuchverkehr auf dem Uni-Parkplatz die Verkehrssituation in der Fortstraße immer schwieriger würde. Die Universität würde den Parkplatz zur Lösung dieses Verkehrsproblems daher gerne der Stadt Landau zur Bewirtschaftung übertragen. Nach Abzug sämtlicher damit verbundener städtischer Kosten sollen die verbleibenden Einnahmen der Universität zu Gute kommen. Diese wolle die Einnahmen zur Kostenabfederung sozialverträglich einsetzen.

Frau Dr. Heidbreder sagte es sei verständlich, dass es für Betroffene zunächst Unverständnis und Bedenken hervorrufe, wenn Vergünstigungen wegfielen. Nach Abwägungen der Vor- und Nachteile, sei es richtig, den Parkplatz zu bewirtschaften. Der Verkehr stauet sich dort sehr stark, weil viele Unberechtigte dort kostenfrei parken wollen. Die Gebührenhöhe des Alten Meßplatzes dort zu übernehmen sei vertretbar. Alternative Lösungen wie beispielsweise eine Schranke einzurichten, sei für die Uni noch kostenaufwendiger.

Herr Bakhtari fragte, ob die Petition mit 1.600 Unterschriften noch aktuell sei.

Der Vorsitzende informierte, dass laut Uni die Petition verschwunden sei. Bei der Stadt sei bisher keine Beschwerden eingegangen. Es gab lediglich Nachfragen von ca. 5 Studenten*innen. In der heutigen Sitzung, war keiner der Studentenschaft erschienen, daher gehe man davon aus, dass sich die Aufregung wieder gelegt habe.

Frau Rocker unterstützte das Vorgehen, da es der Wunsch der Universität sei, dass die Stadt den Parkplatz bewirtschaftete. Dort, wo Vergünstigungen wegfielen, gebe es immer Unmut. Jedoch habe die Uni die Möglichkeit, durch die vertragliche Kostenverteilung und Einnahmeausschüttung eine gewisse soziale Abfederung vornehmen zu können. Sie erkundigte sich noch nach dem Kündigungsvorbehalt bei zu geringem Nutzungsentgelt.

Der Vorsitzende sei zuversichtlich, dass die 50.000 Euro ausgeschüttet werden. Grundsätzlich habe die Universität das Recht, bei Unterschreitung dieses Betrages nach zwei aufeinanderfolgenden Jahren, den Vertrag zu kündigen.

Herr Casella fragte, weshalb sich die Stadt Landau dem Problem der Universität annehmen wolle. Bekomme die Uni das nicht selbst hin oder gab es von deren Seite keine Unternehmungen hierzu?

Der Vorsitzende erklärte, dass der Parkplatz bereits Anfang der Neunziger Jahre für die festgeschriebene Anzahl an Studierenden nicht mehr ausreichte. In vorlesungsfreien Zeiten werde der Parkplatz von Unberechtigten genutzt. Die Priorität des Landes wurde auf neue Räume und nicht die Erweiterung des Parkplatzes gelegt.

Eine Ausweitung der Parkmöglichkeiten durch ein Parkhaus komme nicht in Betracht, da der Parkplatz am Ende einer Sackgasse liege und dies die Verkehrsproblematik noch verstärke. Deshalb sei eine Bewirtschaftung des Parkplatzes der richtige Weg, um das Problem des „Fremdparkens“ in den Griff zu bekommen.

Frau Brunner wollte wissen, wie man auf den Verteilungsschlüssel von 30 Prozent der Parkeinnahmen des Alten Meßplatzes komme.



Der Vorsitzende erläuterte, dass sich die Verhältniszahl aus den vorhandenen Parkplätzen der Uni zu denen am Alten Meßplatz errechne. Da es nicht möglich sei, die erworbenen Dauerparktickets nach Nutzer aufzuteilen, sollen die Einnahmen aus dem Verkauf dieser Parktickets zu 30 Prozent an die Universität zufließen.

Herr Triebel bedankte sich für die gute Sitzungsvorlage. Er bat um Berücksichtigung, dass die geplanten Ladepunkte mit dem Typ 2 ausgestattet werden. Bei der Schrankenlösung, die nicht in Frage kommt, würde sich der Rückstau noch erheblich verlängern.

Herr Schreiner befürwortete, dass eine Lösung für das Problem mit dem Uniparkplatz gefunden wurde und dass soziale Anpassungen durch die Uni möglich seien. Er stimmte den Beschlussvorschlägen zu.

Der Mobilitätsausschuss empfahl bei einer Enthaltung einstimmig dem Stadtrat folgenden Beschlussvorschlägen zuzustimmen.

Beschlussvorschläge:

1. Dem Nutzungsvertrag zwischen LBB, Stadtverwaltung, Universitätsleitung und der Studierendenschaft wird zugestimmt.
2. Der Universitätsparkplatz soll dem Parkquartier „Alter Meßplatz“ hinzugefügt werden.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 3. (öffentlich)

Installation einer Lichtsignalanlage im Knotenpunkt Westring/Badstraße

Herr Bernhard rief die beschlossene Sitzungsvorlage zur Errichtung von zwei Busbuchten abseits des Verkehrsraums im Westrings in Erinnerung.

In diesem Zuge wurde geprüft, wie ein Übergang für Fußgänger über den Westring im Bereich der Badstraße optimiert werden könnte. Festgestellt wurde, dass bei dem Zebrastreifen der Verkehr sehr oft stocke und sich dadurch Rückstau bilde. Die Sicherheit für Fußgänger*innen würde sich durch eine Fußgängerampel dort erhöhen. Außerdem fließe der Verkehr besser ab, da nicht mehr bei jeder einzelnen Person gestoppt werden müsse. Die Überquerung des Westringes wird durch eine Lichtsignalanlage auf die Freigabezeit konzentriert. Ansonsten kann der Verkehr frei fließen. Eine Fußgängerampel würde die Überquerbarkeit des Westringes an der Stelle verbessern, jedoch nicht im gesamten Knotenpunkt. Die bessere Variante sei daher eine komplette Signalanlage, welche bereits bei dem Umbau des Westrings umgesetzt werden könnte. Die Überquerbarkeit aller vier Knotenpunktäste sowie die Ausfahrten aus der Badstraße in den Westring würden durch eine Komplettsignalisierung verbessert.

Herrn Baur's Frage zur Taktung, beantwortete Herr Bernhard, dass es eine Grünphase von vermutlich 15 Sekunden für Fußgänger geben werde.

Der Vorsitzende fügte an, dass zeitlich eine Überquerung mit Gehhilfe möglich sein werde.

Herr Blanz sorgte sich um den Verkehrsfluss zu den Stoßzeiten. Er fragte, ob es Analysen bezüglich der Westbahnstraße zum Rückstau in den Westring gebe und ob die Ampel 24-Stunden in Betrieb sei.

Herr Bernhard sagte, dass die Ampeln den Verkehrsfluss koordinieren werden und eine Abschaltung der Anlage ab zwanzig Uhr denkbar sei. Gegebenenfalls könne eine Bedarfsanforderung für die Fußgänger*innen angebracht werden.

Eine Umlaufzeit betrage 90 Sekunden. Der/Die Autofahrer*in habe somit 75 Sekunden freie Fahrt, welche aktuell beim Fußgängerüberweg nicht gegeben sei.

Der Vorsitzende gab zu bedenken, dass im Moment die Linienbusse auf der Straße halten und alle Verkehrsteilnehmer*innen dahinter warten müssten, weil sie nicht überholen können. Der Rückstau werde mit den seitlichen Bushaldebuchten künftig geringer werden und der Verkehr könne besser fließen.

Frau Rocker habe den Eindruck, dass der Rückstau an der Kreuzung Westbahnstraße problematisch sei und sich dieser dort erhöhen werde. Sie fragte, ob es sinnvoller sei, nördlich des Westrings eine Lichtsignalanlage zu errichten, um den Verkehr zu entzerren.

Herr Bernhard sagte, die Probleme des Verkehrs seien durch die haltenden Busse im Westring und den Westbahnhof bedingt. Am nördlichen Westring könne dafür keine Lösung herbeigeführt werden.

Der Vorsitzende informierte, dass auf dem Gebiet der ehemaligen Rundsporthalle Wohnungen entstehen werden. Daher sei der Verkehr aus diesem Bereich bereits mit in den Planungen berücksichtigt worden.



Herr Casella bestätigte, dass die Ampelanlage an dieser Stelle richtig sei, da aus der Badstraße eine Masse an Fahrzeugen gefahren komme. Er fragte, ob die Ampeln per Sensoren oder per Knopfdruck umschalten werden.

Herr Bernhard sagte, dass es sich bei diesen Lichtsignalanlagen um leistungsabhängige Ampeln handle. Die Ampel aus der Badstraße schalte nur auf grün, wenn sich dort Fahrzeuge befinden. Fußgänger müssen den Schalter betätigen, um eine Grünphase zu bekommen.

Auf die Frage von Herrn Casella, wie viele Parkplätze in der Badstraße wegfallen werden, antwortete der Vorsitzende, dass die genaue Anzahl erst bestimmt werden könne, wenn klar sei, wo die neue Beschilderung angebracht werden könne.

Frau Brunner widersprach Herrn Bernhards Äußerungen. Nach ihrer Erfahrung würden die Autofahrer*innen immer über Rot fahren und es bestehe keine gute Blickbeziehung für die Verkehrsteilnehmer*innen. Es dürfe nicht sein, dass bei Rotschaltung der andere Verkehrsteilnehmer sofort grün bekomme. Aus diesem Grund sei es für die Fußgänger nicht gut, wenn die Ampelanlage bereits ab 20 Uhr abschalten würde. Weiter erkundigte sie sich nach der Situation für fahrradfahrende Schüler*innen.

Herr Bernhard entgegnete, dass bei allen Anlagen eine gesetzliche Räumzeit bestehe. Bevor Verkehrsteilnehmer*innen eine Grünphase bekomme, sei eine gewisse Wartezeit vorgehalten, damit unter anderem Fußgänger die Möglichkeit haben, ohne Gefährdung auf die andere Straßenseite zu gelangen.

Der Vorsitzende verwies auf die Vorrangroute für Autofahrer*innen im Westring. Für Radfahrer*innen sei die An 44 eingerichtet worden, daher werde sich für den Radverkehr die Situation nicht verändern.

Herr Triebel stimmte den Beschlüssen zu und bedankte sich für die Information zur Rundsporthalle. Dieser Zusammenhang sei bisher nicht bekannt gewesen. Ob die Kosten von 100.000 Euro das Maximum seien, bestätigte Herr Bernhard.

Herr Schreiner stimmte ebenfalls den Beschlussvorschlägen zu.

Herr Scheid hatte Bedenken, dass die Ampelanlagen zur höheren Gefährdung führen könnte. Die Schulbusse kämen oftmals kurz vor Unterrichtsbeginn an und die Schüler*innen könnten aus Panik die rote Ampel missachten um schnellstmöglich in den Klassensaal zu gelangen.

Die Idee von Herrn Dr. Hülsenbeck, hier ebenfalls die Sekunden anzeigen zu lassen wie im Nordring, werde man nochmals überdenken.

Herr Thiel erkundigte sich, ob die Fußgängerbedarfsampel über die Badstraße immer auf Rot geschaltet sei, wenn der Verkehr im Westring fließe und die Fußgänger*innen erst den Knopf betätigen müssten.

Herr Bernhard sagte, dass die genaue Steuerung dieser Ampel noch abgestimmt werden müsse.



Es gab keine weiteren Wortmeldungen oder Fragen. Da die SPD-Fraktion sich noch intern abstimmen wollte, wurde die Sitzung für circa zehn Minuten zur Beratung unterbrochen.

Der Mobilitätsausschuss stimmte den Beschlussvorschlägen nach der Sitzungsunterbrechung ohne weitere Fragen einstimmig zu.

Beschlussvorschläge:

1. Der Installation einer Lichtsignalanlage im Knotenpunkt Westring/Badstraße wird zugestimmt.
2. Der Aufnahme der Lichtsignalanlage in den Förderantrag zum barrierefreien Umbau der Bushaltestelle Westring wird zugestimmt.
3. Die Umsetzung erfolgt nach Vorlage des Bewilligungsbescheids.
4. Die Finanzierung erfolgt über die zur Verfügung stehenden Haushaltsmittel im Produktkonto 5470 096302.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 4. (öffentlich)

Carsharing in Wohnquartieren

Siehe Niederschrift zu Punkt 4.2.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 4.1. (öffentlich)

Antrag der FDP-Stadtratsfraktion

Siehe Niederschrift zu Punkt 4.2.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 4.2. (öffentlich)

Stellungnahme der Verwaltung

Herr Kamplade erklärte, dass es möglich sei, durch einen Carsharing Parkplatz auf privatem Gelände bis zu fünf nachweispflichtige Stellplätze abzudecken. Dabei verzichte die Verwaltung baurechtlich nicht auf die Stellplatzpflicht, sondern setze diese Verpflichtung lediglich aus. Werde der Vertrag mit dem Carsharing Partner gekündigt, würde die Nachweispflicht der Stellplätze wieder greifen.

Diese neue Variante zur Erfüllung der Stellplatzverpflichtung werde bereits bei den Uferschen Höfen umgesetzt.

Herr Triebel bestätigte, dass dieses Vorgehen dem Antrag entspreche.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 5. (öffentlich)

Pendlerradrouten Landau - Bad Bergzabern und Landau - Pfalzkrankenhaus Klingenmünster: Zwischenbericht zur Machbarkeitsstudie

Herr Bernhard informierte, dass zusammen mit dem Landkreis Südliche Weinstraße eine Machbarkeitsstudie für Pendlerradrouten in Auftrag gegeben wurde. Diese sollen hauptsächlich dem Alltagsverkehr dienen und der Tourismus hierbei in den Hintergrund treten. Im Weiteren führte Herr Bernhard beiliegende Präsentation aus, die letztlich im volkswirtschaftlichen Sinne einen höheren Nutzen der Pendlerradverbindungen zu den aufzubringenden Kosten aufwies.

Herr Triebel bedauerte, dass einzelne Stadtdörfer bei dieser Studie abgehängt seien.

Herr Bernhard äußerte, dass die Verbindungen eingerichtet werden, damit Pendler*innen schnellstmöglich an ihr Ziel gelangen. Dies erreiche man nicht, wenn die Radfahrer*innen durch jeden Ort geleitet werden. Jedoch sei angedacht, Zubringerstrecken zu den Haupttrouten anzubinden.

Herr Gerig merkte an, dass Höhenmeter oftmals in ein schlechtes Verhältnis gesetzt werden. Umwege werden in Kauf genommen, wenn starke Steigungen vermieden werden können.

Herr Dr. Hülsenbeck erkundigte sich, ob die Höhenmeter bei der Planung berücksichtigt wurden und ob der neue Radweg von Schweigen-Rechtenbach nach Bad Bergzabern bedacht wurden.

Beides wurde von Herrn Bernhard bestätigt.

Herr Scheid wollte wissen, ob es Bedingungen für eine Zubringerstrecke von Mörzheim gebe.

Der Vorsitzende antwortete, dass im Rahmen des Mobilitätskonzepts eine Dorf-zu-Dorf-Verknüpfung festgehalten sei und sich die Zubringerstrecke daraus ergebe.

Herr Gerig fragte, ob der Wieslautertal-Radweg touristisch an Landau angebunden werde.

Herr Bernhard entgegnete, dass dieser Radweg zu weit von Landau entfernt sei, als dass dieser einen touristischen Zweck für Landau hätte. Regional bestehen hierfür der Winzerradweg und der Queichtalradweg.

Dieser Tagesordnungspunkt wurde geschlossen, da es keine weiteren Wortmeldungen gab.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 6. (öffentlich)

Verknüpfung streckenbezogener Tempo-30-Anordnungen in der Godramsteiner Hauptstraße

Zu dieser Informationsvorlage gab es keine Fragen oder sonstigen Statements.

Der Vorsitzende erinnerte, dass im Wechsel eine Straße aus der Kernstadt und eine aus einem Ortsteil zur Überprüfung herangezogen werde. Aktuell werde vom Ordnungsamt die Hindenburgstraße auf eine Tempo-30-Anordnung geprüft.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 7. (öffentlich)

Verschiedenes

Radwegeprogramm

Der Vorsitzende informierte, dass für das Radwegeförderprogramm Stadt und Land eine positive Rückmeldung erfolgte.

Südpfalzbahn

Bezüglich der Thematik Südpfalzbahn bekam der Vorsitzende einige Anfragen von Verbandsgemeinden. Diese und das Land zeigten sich interessiert. Es müsse geklärt werden, wer sich an den Kosten für eine Machbarkeitsstudie beteiligen würde.

Schlüsselknoten

Herr Bernhard informierte, dass die Bauarbeiten des Schlüsselknotens im April beginnen werden. Diese werden das ganze Jahr andauern und zu erheblichen Einschränkungen führen.

Herr Hülsenbeck fragte, ob mit weitläufigen Umleitungen zu rechnen sei.

Herr Bernhard antwortete, dass dies nicht der Fall sei. Es könnte in den ersten Tagen zu chaotischen Verhältnissen kommen, in der Regel pendle sich dies aber zügig ein.

Dies werde man beobachten und bei Bedarf eingreifen.

Allenfalls die Aufbringung des Flüsterasphalts könnte zu einer Vollsperrung und einer größeren Umleitung führen. Dieser Asphalt müsse in einem Zug aufgebracht werden, ansonsten verliere er seinen Zweck.

Der Befürchtung von Herrn Gerig, dass etliche Autofahrer*innen über das Wohngebiet der Cornichonstraße ausweichen könnten, entgegnete der Vorsitzende, dass vermutlich viele Verkehrsteilnehmer*innen die Autobahnabfahrt Landau Zentrum nutzen würden.



Die Niederschrift über die 17. Sitzung des Mobilitätsausschusses der Stadt Landau in der Pfalz am 09.03.2022 umfasst 9 Teilprotokolle. Sie enthält die fortlaufend nummerierten Blätter 1 bis 48.

Vorsitzender

Lukas Hartmann
Beigeordneter

Stefanie Dausch
Schriftführerin